

# Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

gegründet 1828

Verlagspreis 20

Wiederholte Stellung im Oberamtsbezirk. — Wichtigen und daher von bestem Erfolg.

Es wird kein Gewinn bezweckt, sondern nur die Förderung der Interessen der Leser zu betonen. Die Beiträge sind von jeder Art zu sein, die der Förderung der Sache dienlich sind. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Beiträgen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Beiträgen nicht verantwortlich.

Telegraphische Adressen:  
Gefellschafter Nagold.  
Postfachkonto:  
Stuttgart 5113.

Nr. 162

Donnerstag den 15. Juli 1920

94. Jahrgang

## Der Sieg des Deutschtums.

Die Entente hat wenig Glück mit den Forderungen, die sie durch den Versailler Vertrag mit Hilfe des Selbstbestimmungsrechtes der Völker aus Deutschland hat legen wollen. Durch Mundstummheit eines großen Teiles der deutschen Wählerschaft ist es ihr zwar gelungen, in Nordschleswig eine dänische Mehrheit auf die Beine zu bringen und uns die erste Zone zu rauben; aber schon die zweite Zone hat den lebendigen Beweis dafür erbracht, daß das Volksgedächtnis der Deutschen wieder im Erstarken ist, und die Abstimmung in Ost- und Westpreußen am Sonntag hat diesen Eindruck in einer für die Polen geradezu niederschmetternden Weise bestätigt. 98 Proz. deutsche Stimmen in Ostpreußen, 92 Proz. deutsche Stimmen in den Rest von Westpreußen! Das ist mehr als selbst unsere kühnsten Erwartungen hoffen ließen. Wer das Gebiet durchwandert hat, wird die Fülle eifrigster Mitarbeit gesehen haben, die hier geleistet war, der kam mit dem beruhigenden Bewußtsein nach Hause, daß der Wahltag unser Recht auf dieses unentgeltliche Gebiet unüberwindlich erweisen würde. Aber solche Zahlenergebnisse müssen trotzdem überraschen. Sie sind erstlich nur — auch nach der Verteilung der Nationalitäten — wenn man annimmt, daß ein nicht unerheblicher Bruchteil der Polen für das Verbleiben beim Deutschen Reich gestimmt hat. In Westpreußen in den gemischtsprachigen Kreisen Stuhm und Rosenburg haben die Polen selbst in ihren Hochburgen eine Massenwanderung ihrer Stammesgenossen erlebt, so daß sie von 1660 Stimmbezirken nicht einmal in 10 die Mehrheit stellen konnten. Sie sind also mit ihren eigenen Waffen erschlagen worden. Wenn sie heute auch, was an und für sich schon eine Groteske ist, aller Welt vorhalten, daß die alliierten Kommissionen gegen sie gearbeitet hätten, die Tatsache wünschen sie dadurch nicht an, daß die Statistiken und Karten, mit denen sie in Versailles die Entente dumm zu machen verstanden haben, gefälscht gewesen sind.

Für jeden, der noch Sprache oder Kultur deutsch empfindet, war das Problem von vornherein einfach klar gestellt. Die Wahl zwischen Warschau oder Marienburg, zwischen der polnischen Verfassung und der deutschen Ordnung, konnte ihm nicht eine Minute schwerfallen. Aber die wirtschaftlichen Verhältnisse, die uns in Schleswig-Holstein so böse zu schaffen machten und Tausende von deutschen Brüdern den dänischen Verfassungen erliegen ließen, arbeiteten hier auf der Gegenseite für uns. Der Zusammenbruch der polnischen Front gegen den Bolschewismus, der Zusammenbruch des polnischen Staatsgebüdes, Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, Hungersnot und Verarmung, die Verelendung in den ehemals preussischen Teilen, die heute der polnischen Fiktion ausgeliefert sind, redeten eine so deutliche Sprache, daß auch wachende Polen nach der Wiedervereinigung mit ihrem Mutterlande keine Sehnsucht verspürten und deshalb zu einem nicht unerheblichen Teile den preussischen Stimmzettel abgegeben haben. Nebenfalls ist die Mehrheit für Deutschland so riesenhaft, daß an solchem Ergebnis kein Mensch wird rütteln dürfen. Nach dem Buchstaben des Vertrages ist zwar die Gefahr noch immer nicht ganz beseitigt. Die endgültige Grenzregelung soll wie es in den Artikeln 95 und 96 heißt, gegenseitig unter Berücksichtigung sowohl des durch die Zustimmung kundgegebenen Willens der Bevölkerung wie der geographischen und wirtschaftlichen Lage der einzelnen Ortschaften. Das ist eine geistliche Kaufverformel, die dem Wählerwunschn und der Junggenossenschaft der Polen noch immer einige Möglichkeiten offen läßt und von ihnen scharf ausgeübt werden wird, um wenigstens den westlichen Zipfel des deutschen Teiles von Westpreußen noch an sich zu ziehen mit der Begründung, daß sie die direkte Bahnlinie von Danzig nach Warschau brauchen. An Verträgen haben sie es darin nicht fehlen lassen. Aber gegenüber dieser Zahlenprobe werden sie doch einen schweren Stand haben. Im Gegenteil, der 11. Juli erwidert es uns, unsere Ansprüche auf das uns entzogene deutsche Gebiet geltend zu machen. Wir haben durch die Tat nachgewiesen, daß Wilson und Lloyd George sich haben betrogen lassen und müssen jetzt eine Nachprüfung auf Grund der „geographischen und wirtschaftlichen Lage“ verlangen, die vor allem den Soldaten Zipfel aus der polnischen Verfassung erlösen sollte.

Daß uns das von heute an morgen noch nicht gelingen wird bei der Mauer von Doh und Krasno, die uns auch heute in Spa noch umgibt, darüber brauchen wir uns keinen großen Illusionen hinzugeben. Aber die Mächten der Geschichte können auch langsam machen. Wir werden warten, bis der Augenblick gekommen ist, wo auch die Franzosen begreifen, daß dieses polnische Staatsgebilde, gedacht als eine ständige Fiankenbedrohung Deutschlands und als ein Keil zwischen Deutschland und Rußland, eine auf die Dauer unhaltbare Schöpfung ist, um dann die Rechnung zu präsentieren, die der 11. Juli aufgestellt hat. Der nächste Zahlungstermin sollte Obereschlesien sein, wo die Entente die Abstimmung ursprünglich an den Mai nächsten Jahres hinauschieben wollte. Inzwischen scheint sie erstant zu haben, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, den Zwischenstand so lange hinauszuschieben wie die Möglichkeit angedeutet, daß sie bereits im September die Abstimmung zulassen würde. Ost- und Westpreußen und Obereschlesien sind für den Be-

stand des Deutschen Reiches beide gleich unentbehrlich. Ost- und Westpreußen als Zukaufgebiete für unsere Ernährung, Obereschlesien als Kohlenbecken, denn, wenn wir die schlesische Kohle an Polen verlieren, dann müssen dadurch unsere Kohlenleistungen an Frankreich unermesslich geringer werden. Ein polnisches Obereschlesien aber bedeutet nicht nur den Verlust der Kohle für uns, sondern auch den Verlust der Kohle für die europäische Volkswirtschaft, denn die letzten anderthalb Jahre haben bewiesen, daß die Polen seit der dritten Teilung ihres Reiches nichts gelernt und nichts vergessen haben, daß sie auch heute noch nicht über die moralischen Qualitäten zu verfügen haben, die als Voraussetzung für jedes staatliche Leben zu gelten haben. Sie sind zu schwach und zu feige, um in dem Gebiet, das ihnen geschichtlich gehört, die Grundmauern ihres eigenen Staates zu legen. Deshalb wollen sie Raubpolitik treiben und die Früchte ernten, die deutsche Ordnung gesät hat. Daß sie auch dazu nicht einmal imstande sind, beweist das Schicksal Westpreußens, das jetzt mit Riesenschritten dem Kulturindem Galizien entgegengeht und wenn sie sich in Oberschlesien ansetzen, dann wird auch hier das Ergebnis das sein, daß sie alles verödeten, was durch deutsche Zähigkeit geschaffen worden ist.

Und das ist die Lehre, die der 11. Juli auch der Entente gebracht haben sollte: Großpolen ist eine staatliche Unmöglichkeit, ebenso wie Kleinpolen, weil es ein Schwarzerstarrt und nicht ein Staat der Arbeit ist, weil es nicht aufbauend, sondern zerstörend, also früher oder später ein Opfer des Bolschewismus werden muß. Die Preußen an der Grenze haben durch ihre Stimmzettel kundgegeben, daß sie in den Zusammenbruch dieses dem Verderben bestimmten Landes nicht hineingezogen werden wollen. Die Obereschlesier werden ihnen folgen, aber schon die preussische Abstimmung allein müßte genügen, um den unumgänglichen Polenstaat wieder von der Landkarte verschwinden zu lassen; denn ein Europa, das die Wunden dieses Krieges wieder ansprechen lassen will, braucht jede Weisheit. Für Schwarzerstarrt nach der Art Polens ist darin kein Raum.

## Ueber „Stadt und Land“.

E. W. Der Stolz unserer heutigen Kultur sind ganz allgemein die Großstädte, deren Anziehungskraft auf das flache Land bis zum Krieg in fast unverminderter Stärke anhielt, obwohl in der letzten Zeit keine Ursache mehr war, die städtischen Dinge so rosafarben zu betrachten wie ehemals. Diese Entwicklung begann mit dem Sieg der Deutschen über die Franzosen 1870/71 und hatte längst vor dem neuen Krieg, der eine umgekehrte Entscheidung bringen sollte, das entscheidende Maß bereits derart überschritten, daß einzelne Gelehrte ernsthafte Maßnahmen gegen die „Landflucht“ empfahlen. Es steht unabweislich fest, daß die Großstädte zu viele, den einzelnen Menschen aber zu schnell verbraucht. Das Land war ehemals in gewissem Sinne zu stark bevölkert, es konnte also das in der Stadt verbrauchte Menschenmaterial immer wieder ersetzen und dazu noch den Zuwachs liefern, den die Großstädte nötig hatten. Wie nun aber die Statistik der letzten Zeit zeigt, wäre es bei weiterer Friedenszeit völlig ausgeschlossen gewesen, das flache Land das von den Großstädten verbrauchte Menschenmaterial hätte weiter ersetzen können, es machte sich vielmehr bereits ein Menschenmangel auf dem Lande stark bemerkbar. Es ist gar nicht neu, daß der typische Städter, d. h. der in der Großstadt Geborene, dessen Nachkommen gleichfalls in der Großstadt bleiben, in der fünften Generation schon mit dem Verfall seines Stammes zu rechnen hat. Die stets gut beobachteten Patriarchenfamilien in Hamburg & Co. haben die Tatsache bezeugt, ehe man sie als allgemeingültig durch die Statistik erweisen konnte. Von Karlsruhe, einer nur mittleren Großstadt, hat Dr. Ammon folgendes berechnet: von 100 in Karlsruhe Geborenen lebten in der zweiten Generation noch 57, in der dritten noch 30, in der vierten noch 15, dann verschwand der Stamm allmählich ganz. Dies brauchte das aufstrebende Deutschland solange nicht zu erschrecken, als das Land in beschriebener Weise stets für neuen Zugang in der Stadt sorgen konnte. Damit war es aber vorbei, als die intensive Entwicklung der Großstädte es dahin gebracht hatte, daß diese zwei Drittel der Reichsbevölkerung beherbergten und nur ein Drittel noch ländlich war. Bezugs war auch ein lokaliteter Geburtenrückgang zu verzeichnen, manche Landbesitze hatten in den letzten Jahrzehnten ein Drittel ihrer Bevölkerung verloren. Gegenüber alter Großstädte, z. B. Paris, wo nur noch geringe Prozente der Ausgehobenen militärdiensttauglich befunden wurden, hatte zwar Berlin noch die Puffer von 34 Prozent, aber Berlin war auch eine kurze Zeit Großstadt. Trotz aller Kinderfürsorge war seine Kindersterblichkeit einmal größer als in dem größtenteils ländlichen Westfalen. Dazu kamen bereits 27 Prozent kinderlose Ehen. Ständen die Dinge derart vor dem Krieg, so ist es keine Frage, daß sie inzwischen weit ungünstiger geworden sind. Ein sehr beschleunigter Verlust, wenigstens der gesteigerten Landflucht der allerletzten Zeit entgegenzuwirken, ist unternommen in den Bestimmungen über die wirtschaftliche Demobilisierung, wenn auch aus anderen Absichten, als um grundsätzlich zu der hier behandelten Frage Stellung zu nehmen. Die wirtschaftliche Not in Deutschland wird ohne Zweifel in künftigen Jahren

ein sehr wirksamer Regulator dieser Verhältnisse sein; einerseits wird die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft so weit wie möglich gesteigert werden müssen, andererseits die Tendenz der Großstadtbevölkerung ganz bedeutend nachlassen, da die deutsche Industrie, deren Anwachsen ihre Ursache war, eine viel bescheidene Stellung auf dem Weltmarkt einnehmen wird als bisher. Indessen wird unser Problem damit nicht erledigt sein; die verschiedenen Wege deutlicher werden kann, dann ist die von Frankreich her bekannte Ersetzungung des rapiden Geburtenrückgangs mit in Rechnung zu stellen. Man hat sie psychologisch mit der deprimierten Seelenverfassung der Besiegten erklärt, die jetzt vor sich, und zwar in ungünstigeren materiellen Verhältnissen als bisher die Franzosen, jedoch sich für Deutschland eine sehr schlechte Prognose ergab. M. Imperato.

## Die Ernährungsschwierigkeiten Deutschlands.

Spaa, 13. Juli. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat der Konferenz in Spa ein Exposé über die Ernährungslage Deutschlands unterbreitet, in dem es heißt: Die Ernährungsschwierigkeiten Deutschlands rühren her: 1) Von dem starken Rückgang der landw. Produktion während des Krieges und noch in der Nachkriegszeit, 2) von der Unmöglichkeit, die für die Steigerung der landw. Produktion erforderlichen Betriebsmittel, Futtermittel, Rohphosphate usw. in ausreichender Menge einzuführen, 3) von dem Mangel an Zahlungsmitteln für die Deckung des schließlichen Lebensmittelbedarfs durch Einfuhr. Der Ernteertrag pro ha sank in dem Zeitraum 1913 bis 1919 für Brotgetreide um 21%, für Futtergetreide um 25%, für Kartoffeln um 31%, für Futterrüben um 30%. In demselben Zeitraum sanken die Bestände an Milchvieh, Milchschafen und Schweinen um nicht weniger als 41%. Deutschland ist daher gezwungen, die im Krieg eingeführte Rationierung noch für eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel fortzuführen. Die Rationen müssen aber so knapp bemessen werden, daß sie nur etwa die Hälfte des täglichen Kalorien-Mindestbedarfs eines erwachsenen Menschen decken. In Preußen starben von Kindern im Alter von 1—5 Jahren im Jahre 1914 52 924, im Jahre 1918 67 369, obwohl die Geburtenziffer während der Kriegsjahre sich um etwa 40% verringert hatte. In Mecklenburg-Schwerin, einem Agrarstaate, betragen die gleichen Ziffern im Jahre 1914 360 und im Jahre 1918 819. Andererseits gestiegen der Zustand der chronischen Unterernährung der erwachsenen Bevölkerung nicht, die volle Arbeitskraft wieder zu erlangen. Die Folge ist die Unmöglichkeit, die gegenwärtigen durchaus unzureichenden Leistungen in Industrie und Bergbau zu steigern. Hinzu kommt, daß es einem wesentlichen Teile der Bevölkerung unmöglich ist, die auf Karten ausgegebenen Lebensmittel künstlich abzumischen, da der Preis die Kaufkraft der Bevölkerung übersteigt, obwohl das Reich einen Teil der Lebensmittel verbilligt. Die augenblicklich ausgegebene Wochenration, die einschließlich Hilfsverleihen, Zucker, Marmelade, Kunsthonig, einen Kalorienwert von etwa 12 500 hat, kommen auf 101,04 M zu stehen, während sie vor 6 Jahren 7,77 M kosteten. Unter Berücksichtigung aller vorgetragenen Umstände befreit sich der Einwohnervorrat Deutschlands für das nächste Wirtschaftsjahr auf 2 Millionen Tonnen Brotgetreide, 2 Millionen Tonnen Futtergetreide, 750 000 Tonnen Getreide, 180 000 Tonnen Fleisch, 144 000 Tonnen Fett, 500 000 Tonnen Fische, ferner 500 000 Tonnen Rohphosphate, 350 000 Tonnen Schwefelkies im Gesamtwert von 3 403 600 000 Goldmark. Die deutsche Delegation schlägt daher vor, die Kommission aus Sachverständigen der einzelnen Länder mit größter Beschleunigung zu bilden, um über die Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage in Deutschland zu beraten.

## Note des poln. Ministers des Aeußern an die Konferenz in Spa.

Kopenhagen, 14. Juli. National-Abende meldet aus Washington, daß der polnische Minister des Aeußern auf Beschluß des Rates für die nationale Verteidigung folgende Note an die Konferenz in Spa gerichtet habe: Polen kämpft für die Sicherheit seiner Selbständigkeit und für die Vereinigung mit den Gebieten, die sich nicht vom Mutterlande trennen wollen. Polen ist jeden Augenblick bereit, Frieden zu schließen auf der Grundlage, daß das Selbstbestimmungsrecht in den zwischen Polen und Rußland liegenden Gebieten durchgeführt wird. Die polnischen Truppen kämpfen ganz Europa gegen die Welle des Bolschewismus. Und wenn diese Welle einmal zusammenbrechen wird, befindet sich ganz Westeuropa in Gefahr. Die polnische Nation, vereint in erhabener Nationalstrenge und solidarisch in allen Bevölkerungskreisen erhebt sich, um ihre Grenzen zu verteidigen. Wenn Polen gezwungen wird, den Kampf fortzusetzen, muß es die moralische und materielle Unterstützung der Alliierten erhalten.

## Deutschland soll zur Teilnahme an der Brüsseler Finanzkonferenz eingeladen werden.

London, 13. Juli. Reuter. Bei der heutigen Zusammenkunft des Bülcherbundes teilte Balfour mit, daß der Rat den Bericht von Leon Borgeois und Delcroix betreffend die Vorbereitungen für die Brüsseler Finanzkonferenz am 23. Juli zur Kenntnis genommen und Delacroix ermächtigt



wurde. Deutschland zur Teilnahme einzuladen, sobald er von den in Spaan gefassten Beschlüssen betreffend die Festsetzung der Entschädigung und die Zahlungsmethoden verständigt ist.

#### Der Bauer will vorangehen.

In einer Sitzung des Kommunalverbandsausschusses in Kärnten (Bauern), die vor einigen Tagen unter dem Vorsitz des Bezirksamtsvorstandes stattfand, verlangten die Bauern die sofortige Abgabe der Preise für ihre Erzeugnisse. Man beschloß einstimmig eine Eingabe an die Regierung, worin jede Preiserhöhung für Lebensmittel abgelehnt und der sofortige Abbau der jetzigen Preise verlangt wird, aber nicht nur für Lebensmittel, sondern auch für alle Gebrauchsgegenstände in Haushalt, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft. Dieses äußerst begründete Vorgehen steht nicht vereinzelt da. Ähnliches in Bayern spielten sich in den letzten Tagen ähnliche hocherfreuliche Vorgänge ab. Der Landwirt, der allein es machen kann, muß mit dem Preisabbau beginnen. Die Händler, Gewerbetreibenden und nicht zuletzt die Regierungen selbst müssen alsbald nachfolgen, wenn wir endlich aus dieser unseligen Preispolitik herauskommen wollen.

#### 10000 Bergleute im Sympathiestreik.

Wie das Berliner Tageblatt aus Dresden meldet, sind im Zwickauer Kohlenrevier 10000 Bergleute in den Streik getreten, um die dortigen Metallarbeiter, die in einem Lohnkampf streiken, zu unterstützen. Alle großen Gruben liegen still. Auch in der staatlichen Waggonfabrik Werdau sind 600 Mann in einen Sympathiestreik getreten.

#### Interpellation wegen Amerikas feindl. Haltung gegen die japanische Schifffahrt.

Rotterdam, 14. Juli. Eastern Service meldet aus Washington: Der japanische Schifffahrtsmagnat Yoshimoto hat im Parlament eine Interpellation wegen Amerikas feindlicher Haltung gegen die japanische Schifffahrt eingebracht. Im Namen der Regierung wurde geantwortet, daß zwar diplomatische Besprechungen anabehnt werden sollten, daß aber die japanische Schifffahrt gegen die neuen amerikanischen Schifffahrtsgesellschaften ihre eigenen Maßnahmen zur Selbstverteidigung treffen müßten.

**Der Völkerbundrat und die Frage der Kanalsinseln.**  
London, 12. Juli. Reuter zufolge beschloß der Völkerbundrat, die Frage der Kanalsinseln an eine Kommission von drei internationalen Juristen zu überweisen.  
Amsterdam, 14. Juli. Reuter meldet berichtend, daß es sich bei der Überweisung der Kanalsinseln an drei juristische Sachverständige um Erlangung eines Gutachtens über die juristische Seite der Frage handelte.

#### Demonstrationen gegen die Italiener.

Spalato, 13. Juli. Hier kamen im Laufe des gestrigen Tages große Demonstrationen der Volksmenge gegen die italienische Regierung vor, weil zwei italienische Soldaten von dem im Hafen liegenden italienischen Kriegsschiff „Goglio“ jugoslawische Frauen heruntergerissen haben sollen. Die Demonstrationen führten zu Schießereien zwischen den Matrosen des Kriegsschiffs und jugoslawischen Wachen. Auf Seiten der Jugoslawen wurden zwei Mann getötet und mehrere schwer verletzt, auf Seiten der Italiener wurde der Jagantapitan Gusi sowie ein Steuermann getötet und mehrere Matrosen leicht verletzt. Im Hafen sind weitere italienische Kriegsschiffe eingetroffen. Der Kommandant des vor Spalato liegenden Untergeschwaders, der amerikanische Admiral Andrews, hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

#### Rückverkauf deutscher Schiffe aus englischem Besitz.

Zwischen den Vereinigten englischen Reedereien und der Hamburg-Amerika Linie im Verein mit größeren Hamburger Reedereien schweben 2. J. Verhandlungen, die sich auf eine große Anzahl ehemaliger an England abgelieferter deutscher Schiffe beziehen, die die Engländer den deutschen Reedereien zur Verfügung stellen wollen. Die Engländer gewähren den Deutschen für den Verkauf der Schiffe einen Kredit auf fünf Jahre. Die Bedingung der Engländer, die Schiffe für die nächsten zwei Jahre unter englischer Flagge fahren zu lassen, wurde abgelehnt. Ueber die Flaggenfrage und weitere Einzelheiten des Abkommens werden die Verhandlungen, die englischerseits von Wirtschaftsrat Lafook geführt werden, fortgesetzt. — Es handelt sich sonach einstweilen nur um eine Fühlungnahme der englischen mit den deutschen Reedereien, die nicht ohne weiteres auf die Absicht einer Anbahnung enger geschäftlicher Beziehungen zu den deutschen Schifffahrtsgesellschaften zurückzuführen ist. Vielleicht erklärt sich die englische Bereitwilligkeit daraus, in Anbetracht der rückläufigen Tendenz des Frachtmartens das Ueberangebot von Welttonnage durch den Rückkauf der Schiffe an Deutschland zu verkleinern.

#### Das Programm des demokratischen Präsidentschaftskandidaten.

Washington, 12. Juli. Die Zeitungen veröffentlichen eine Erklärung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Cox, wonach er, um das den amerikanischen Soldaten gegebene Wort zu halten, für die Ratifikation des Friedens und des Völkerbundesvertrages einschließlich des Art. eintreten werde unter folgenden Vorbehalten: Unterzeichnung eines Protokolls, das erklärt, daß die Mächte sich zu dem einzigen Zweck der Aufrechterhaltung des Friedens zusammenschließen; Erklärung zu Händen der Völkerbundmitglieder, daß sich der amerikanische Kongreß das Recht der Kriegserklärung vorbehält und daß ein Entschluß des Völkerbundes von den Vereinigten Staaten nur insofern angenommen werden kann, als er mit ihrer Verfassung übereinstimmt.

#### Polnische Werber!

Brestau. Von polnischer Seite aus sucht man hier zur Ausfüllung des durch die fortgesetzten Niederlagen zermürbten polnischen Heeres unter phantastischen Versprechungen auch deutsche Staatsangehörige werden, die als Kanonener für fremde Zwecke dienen sollen. Besonders Gewicht legt man auf die Gewinnung ehemaliger deutscher Soldaten und handwerksmäßig Ausgebildeter, wie Monteure, Kraftfahrer und andere. Es ist anzunehmen, daß auch anderwärts polnische Werber ihr Unwesen treiben. Wer in die

polnische Armee eintritt, geht dem Tode, höchstens dem Hunger und Elend entgegen.

#### Gegen die Sozialisierung des Holzhandels.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hatte an die Ministerien für Reichswirtschaft, Arbeit und Reichsernährung und Landwirtschaft eine ausführliche Denkschrift gerichtet, in der er für eine gemeinschaftliche Organisation der deutschen Holzwirtschaft eingetreten war und dieselbe zur Abwendung ähnlicher Wirtschaftskrisen, wie der gegenwärtigen als notwendig hingestellt hatte. Der Verband Deutscher Bau- und Holzhandwerker, vertreten durch Delegierte aus allen Gauen Deutschlands, hat sich in einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung einstimmig gegen die Pläne der Sozialisierung des Holzhandels ausgesprochen und ruft das gesamte Holzgewerbe zum Protest gegen diese Bestrebungen an.

#### Urteil im Prozeß gegen den Falkenhagener Massenmörder Schumann.

Berlin, 13. Juli. In dem Prozeß gegen den Falkenhagener Massenmörder Schumann erklärten die Geschworenen den Angeklagten nach mehrstündiger Beratung schuldig des Mordes in sechs Fällen, der Mordbrennerei in einem Falle, des Raubmordversuchs in vier Fällen, des Mordversuchs in einem Fall, des schweren Diebstahls in einem Fall, des einfachen Diebstahls in drei Fällen und der Unterschlagung in zwei Fällen. Der Angeklagte nahm den Spruch der Geschworenen kalt lächelnd entgegen und erklärte, nichts mehr zu sagen zu haben. Das Gericht erkannte dann wegen der sechs Fälle des Mordes auf Todesstrafe, für jeden einzelnen Fall wegen der Mordbrennerei auf lebenslängliches Zuchthaus, in den übrigen Fällen sind die einzelnen Strafen zu 15 Jahren zusammengezogen. Im übrigen wurde auf Freisprechung erkannt. Außerdem wurde gegen den Angeklagten dauernder Ehrverlust ausgesprochen. Der Angeklagte ließ sich darauf ruhig abführen.

#### Einzelheiten über Hindenburgs Kampf mit einem Einbrecher.

Ueber den Kampf Hindenburgs mit einem Einbrecher gibt der Sohn des Marschalls, Hauptmann v. Hindenburg, folgende Darstellung: Als am Montag Abend mein Vater, der außer einem Diener allein in der Villa weilte, in ein Hinterzimmer des Erdgeschosses einzutreten, erblickte er einen fremden Mann. Als er ihn anrief: Was wollen Sie hier? antwortete der Fremde: Ich habe mich verlaufen, verzeihen Sie mir. Mein Vater, der in dem etwa 20jährigen Mann einen Einbrecher vermutete, packte ihn und zog ihn in die Nähe der Marinierkugel, um mittels dieser den Diener herbeizurufen. In diesem Augenblick zog der Mann einen Revolver und gab mit den Worten: Jetzt wollen wir anders miteinander reden, einen Schuß ab, der direkt an der Brustseite des Feldmarschalls vorbeiging. Es entspann sich dann ein gefährlicher Kampf um die Waffe, die mein Vater dem Eindringling entreißen wollte. Dabei zog er den Verbrecher bis an die Kugel heran und gab mit der einen Hand das Alarmsignal. Hierbei riß sich der Unbekannte los und flüchtete aus dem Hause. Mein Vater ist glücklicherweise unverletzt. Auch scheint ihn der Kampf auf Leben und Tod trotz seiner Jahre nicht weiter mitgenommen zu haben.

#### Ein bolschewistisches Polen — das Kriegsziel Sowjetrusslands.

ABC. Zu den in der Presse neuerdings auftauchenden Nachrichten von einer Friedensbereitschaft Polens äußern sich die führenden bolschewistischen Blätter schroff ablehnend. Die „Pravda“ schreibt: Alle auf einen Friedensschluß oder Waffenstillstand zielenden Vorschläge, alle Vermittlungsversuche müssen unsererseits völlig unbeachtet bleiben. Wir werden die Waffen an der Westfront nicht eher niederlegen, als bis wir an Stelle des kapitalistischen Polens, einen bolschewistischen Staat errichtet haben. Mit den militärischen Kräften, die dann frei werden, werden wir dann endgültig mit den Resten der Denikinschen Armee aufräumen.

#### Weitere Erfolge der Bolschewisten.

Warschau, 14. Juli. Minsk wurde nach Kampf von den Bolschewisten genommen. Die Frage des Falles von Mordetschno ist nur noch eine Frage kürzester Zeit. Wilna bereitet die Verteidigung vor.

#### Aushebung Deutscher in Polen.

D. A. L. Durch die polnische Presse ging eine Nachricht von der Einziehung der Jahrgänge 1890—1895 in dem Grade vom Gemeinen bis zum Offiziersstellvertreter der Kavallerie und Artillerie und reitenden Grenzsoldaten, der Jahrgänge 1895—98 ohne Rücksicht auf die Nationalität. Die deutschen Sejm-Abgeordneten haben darauf in Warschau bei der Regierung Vorstellungen erhoben, da diese Maßregel den Paragraphen des Friedensvertrages über die Option widerspreche. Der Vertreter des Kriegsministers hat sofort erwidert, die Veröffentlichung entspräche nicht seinen Weisungen und sei wohl das Wert untergeordneter Stellen. Er sagte sofortige Prüfung der Angelegenheit zu. Die Verordnung traf die nach 1908 zugezogenen Personen überhaupt nicht, da sie ja nur mit besonderer Zustimmung der polnischen Regierung die polnische Staatsangehörigkeit erwerben können.

#### Die Dorpater Verhandlungen.

Verstärkung der russischen Forderungen.  
ABC. Von gut informierter Seite wird geschrieben: Unter dem Eindruck ihrer Erfolge an der polnischen Front haben die bolschewistischen Unterhändler in Dorpat Finnland gegenüber einen scharfen Ton angenommen. Forderungen haben nicht stattgefunden, aber die von russischer Seite in der Kommission vorgelegten Bedingungen in den einzelnen Fragen lassen deutlich erkennen, daß Finnland auf eine Nachgiebigkeit Sowjetrusslands in keinem Falle zu rechnen hat. In der Waffenstillstandskommission verlas Kerzenow die militärischen Bedingungen, die Sowjetrussland als Basis eines Waffenstillstandes ansieht. Diesem Vorschlag zufolge sollen: 1. die deutsche militärische Stellung die Basis der Demarkationslinie sein, 2. die Truppen beider Parteien auf 5 Kilometer zurückgezogen werden. Eine Ausnahme wird mit der Stellung bei der russischen Landenge gemacht, wo die Truppen in den jetzigen Stellungen verbleiben. 3. Die

an der ostkarischen Grenze bei Repola und Porajävi befindlichen finnischen Truppen dürfen nicht abgerückt oder verstärkt werden. Sie sollen gleichfalls 5 Kilometer zurückgezogen werden. 4. Sowjetrussland erhält die Möglichkeit, im Finnischen Meerbusen das salzhaltige Frischwasser vollständig frei zu benutzen. 5. Der Waffenstillstand wird auf zwei Monate abgeschlossen mit automatischer Verlängerung. 6. Die Demarkationslinie darf in keinem Falle als bleibende Grenze zwischen Rußland und Finnland angesehen werden.

Gleichzeitig erklärte Kerzenow, daß Sowjetrussland niemals die finnische Forderung, Ost Karelien zu räumen, erfüllen werde. Dasselbe teilte Tschichew: funktentelegraphisch der finnischen Regierung auf deren Protest gegen die Operationen der roten Truppen in Ost Karelien mit. Tschichew betonte außerdem, daß diese militärischen Verstärkungen in Ost Karelien ausschließlich zum Schutze der dort befindlichen Sowjettruppen unternommen worden sind, und zwar auf einem Gebiet, dessen Zugehörigkeit zu Rußland niemals auch nur im geringsten Rahe fraglich gewesen ist.

Diese Verstärkung der russischen Forderungen gegenüber Finnland wird von einer energischen Pressepropaganda begleitet. In einem Leitartikel warnt die „Pravda“ Finnland vor einer gewaltsamen Eroberung der Kanalsinseln und einer friedlichen Eroberung des Beschenga Gebietes durch eine Volksabstimmung und führt aus, daß es leicht dazu kommen kann, daß die finnische Bourgeoisie dasselbe Schicksal erleidet, wie die polnische.

#### Kleine Nachrichten.

Amsterdam. Der ehemalige deutsche Kronprinz ist von der Gemeinde Bieringen für das Steuerjahr 1920 nach einem vom Kronprinzen selbst angegebenen Einkommen von 42500 Gulden zur Steuer veranlagt worden.

#### Vermischtes.

Das erste Leichenbegängnis in der Luft hat dieser Tage in Amerika stattgefunden, und zwar in San Francisco. Es handelt sich darum, der Mrs. Sarah Brown, die sich als Verfasserin von Erzählungen für Kinder einen Namen gemacht hatte die letzten Ehren zu erweisen. Ein Piloter stieg in einem Wasserflugzeug auf, das von einem Offizier der amerikanischen Fliegertruppe geführt wurde, und als er über der Statue der Freiheit angekommen war, streute er die Asche der Verstorbenen in alle Winde während er Latengedächtnis sprach. Darauf ließ er neun weiße Rosen fallen, von denen jede ein Jahrzehnt ihres Lebens bedeuten sollte, und zwei weiße Rosen für die beiden Jahre, die sie dieses Patriarchenalter noch überschritten hatte. Der Sohn und die Tochter der Verstorbenen wohnten der Feier von Lande aus bei, die einem Wunsche der Schriftstellerin entsprach und von den Behörden gestattet worden war.

Das historische „Weberhäuschen“ unter dem Hammer. Das historische Haus bei Sedan, bekannt unter dem Namen das „Weberhäuschen“, in dem im Jahre 1870 die erste Zusammenkunft Bismarcks mit Napoleon dem Dritten stattfand, ist jetzt versteigert worden. In den Jahren 1914 bis 1918 war das Haus ein Wallfahrtsort tausender deutscher Soldaten und Offiziere, die Sedan durchzogen. Es wurde von der Tochter der alten Witwe bewohnt, die Bismarck und Napoleon unter ihrem Dach sah. Da diese unverheiratete Tochter jetzt ohne direkten Erben verstorben ist, hat die Gemeinde das Haus versteigern lassen.

Was 12 Buchstaben kosten. Halle. Vorige Woche wurde am Postamt II am Bahnhof ein großes Baugerüst aufgerichtet und unter Aufwand von vielen Arbeitsstunden wurde das Wort „Kaiserliches“ errichtet. Dem Vernehmen nach soll die Befestigung dieser 12 Buchstaben gegen 2000 M. Kosten verursacht haben. Das Deutsche Reich ist ja so glänzend gestellt, daß es sich solche Scharke leisten kann. Beim Hauptpostamt wird heutzutage die Befestigung des ominösen Wortes noch erheblich teurer werden, denn dort ist die Inschrift in Sandstein eingemeißelt.

#### Württembergische Politik.

##### Würt. Landtag.

Stuttgart, 14. Juli. Nach einstimmiger Beschließung des Gesetzes betreffend die Staatsschuld durch das Haus nahm Staatspräsident Dr. Sieber die Generaldebatte wieder auf und stellte fest, daß nur die HSB. sich ablehnend gegen die Regierung verhält. Bezüglich eines Vertrauensvotums sei aber auch die Rechte ablehnend, die Sozialdemokratie zurückhaltend. Die Regierung werde den Tag segnen, an dem die Zwangswirtschaft verschwunden könne. Der Rätegedanke wurde jetzt auch von Lenin abgelehnt. Unsere innere politische Entwicklung sei zu verworren, als daß man sie auf eine einfache Formel bringen könnte. Die Hoffnung für unsere politische Zukunft in der Welt beruhe nicht auf weiteren Siegen der Gewalt, sondern auf einem Durchbringen von Vernunft und Gerechtigkeit. In der Außenpolitik müßten wir auf eine Revision des Friedensvertrages dadurch hinarbeiten, daß wir die öffentliche Meinung in anderen Ländern zu gewinnen suchen. Selbstgefühl und Gefühl für nationale Werte, geistige und sittliche Vertinnerlichung, innere Einstellung zur Sache, zu erster nächster Arbeit, seien die große Lebensaufgabe unseres Volkes. In einer längeren Polemik gegen die Bürgerpartei wiederholt der Staatspräsident die Regierung werde die Verfassung gegen jeden Angriff verteidigen. Soziale erstbe eine Änderung der Verfassung nach Grundfragen, die die mißliebig aufgerichtete Ordnung abermals erschüttern müßten. Deutschland und Württemberg würden ein demokratischer Freistaat bleiben. Das Ernährungsministerium könne man nicht an das Ministerium des Innern anschließen. Der Untersuchungsausschuß müsse sich auf ganz bestimmte Fragen beschränken. Die Regierung strebe einen Ausgleich der Stände und Interessen an, einen Abbau des Klassenkampfes, eine Erweckung des Bürgergeistes in allen Herzen. Bazille antwortete, daß er und seine Freunde nicht eine gewaltsame Verfassungsänderung anstrebten, was ihm der Staatspräsident in einer weiteren Bemerkung bezeugte. Pfleger (S.) bedauerte die gestrige, den Tatsachen nicht entsprechende Darstellung des Ministers Graf über die Haltung der sozialdemokratischen Vertreter in der bisherigen Regierung und polemisierte sodann gegen rechts und links. Er wies den Abstimmungstag als soziale Ertragslosigkeit und behandelte sodann ausführlich Arbeiter- und landwirtschaftliche Fragen, Zwangswirtschaft, Milchpreis, die Vorgänge in Ulm



uho. Am 1 Uhr wurde die Weiterberatung auf nachmittags 4 Uhr vertagt.

**Stuttgart, 14. Juli.** Die Abendtagung des Landtags brachte den Abschluß der Generaldebatte und die Abstimmung über das Vertrauensvotum. Zunächst wurde das Gesetz über die vorläufige Regelung des Staatshaushalts und die Gewährung eines Beitrags zur Aufhebung von erholungsbedürftigen Kindern auf den Heuberg ohne Aussprache angenommen. In der Generaldebatte sprach Brudmann (D.D.P.) über wirtschaftliche und industrielle Fragen wie über den Redaktionsrat mit großer Wärme. Die Unabhängigen schiedten ihren Parteifreunde Karl Müller vor, der mit seinen Ausführungen vielfach die Heiterkeit des Hauses erregte. Eine zweite Jungferrede folgte. Rohmann (D.D.P.) behandelte hauptsächlich die Vorgänge bei den Unruhen in Ulm. Minister Graf wies die Uebertreibungen und Angriffe der Unabhängigen auf die Bezirksbeamten in Ravensburg und Weidenheim zurück und gab eine Erklärung zur Milchpreisfrage ab, wodurch der Vorstoß des Abg. Hegmann (Soz.) erledigt wurde. Im Staatsministerium bestand keine sachliche Uebereinstimmung bezüglich der Milchpreisfrage, man war aber einig, daß die Erhöhung politisch hingenommen werden müsse. Von den Regierungsparteien war ein Vertrauensvotum für die Regierung eingebracht worden, das in namentlicher Abstimmung mit 83 Ja der Regierungsparteien und der Soz. gegen 13 Nein der Unabhängigen angenommen wurde. Die Rechte hatte sich der Stimme enthalten. Die Abänderungs- und Zusatzanträge der Rechten wurden abgelehnt, ebenso das Mißtrauensvotum der Unabhängigen mit 74 gegen 12 Stimmen. Der Antrag der Rechten auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde gegen die Stimmen von Bürgerpartei und D.D.P. und U.S.P. an den staatsrechtlichen Ausschuss überwiesen. Schluß der Sitzung halb 10 Uhr. Das Haus vertagte sich sodann und wird voraussichtlich zur Staatsberatung anfangs September wieder zusammentreten.

### Der Finanzausschuss.

Bei Eintritt in die Tagesordnung leitete der Vertreter des Ministers des Innern mit, daß die Gesundheit der Kinder in unserem Lande sehr rot leide. Namentlich die Tuberkulose greife sehr um sich. Deshalb sei in Verbindung mit Baden beabsichtigt, auf dem Heuberg etwa 3000 Kinder auf 4 Wochen unterzubringen. Auf Württemberg entfallen etwa 1200. Die Mittel für Verpflegung werden von den Beteiligten getragen, Staat und Gemeinden sollen aber Beiträge leisten, außerdem die Kosten für Miete, Verwaltung und Aufsicht übernehmen. Es werden zu diesem Zweck 400.000 M. angefordert. Sämtliche Parteien stimmen dem Antrag mit dem Wunsche zu, daß es möglichst vielen Kindern ermöglicht sei, dort Erholung zu finden. Sodann wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Staatsschuld beraten, nach welchem die Staatsschuldenverwaltung künftig dem Finanzministerium untersteht. In Art. 4 wurde beantragt, einen Abzug 2 einzufügen, wonach der Landtag zu den Sitzungen der Staatsschuldenverwaltung ein Mitglied abordnet, das dem Landtag Bericht zu erstatten hat. Weitere Abänderungen wurden nicht beantragt.

### Kleine Anfragen im Landtag.

**Stuttgart, 14. Juli.** Die Bürgerpartei u. der Bauernbund haben im Landtag die Anfrage gestellt, ob dem Ernährungsmiisterium bekannt sei, daß den Dreischmälchenbesitzern für das Bezol das 10fache des Preises vom vorigen Jahre abgefordert wird, wodurch der für die Volksernährung nötige rasche Austausch gefährdet wird, und ob das Ministerium bereit ist, für eine alsbaldige Preisentlastung zu sorgen. Eine zweite kleine Anfrage weist darauf hin, daß an verschiedenen Orten wie Ravensburg, Ulm, Weidenheim, Schramberg usw. zahlreiche Handel- und Gewerbetreibenden darunter Kriegervetenen, die mit einem kleinen Handel ihren Lebensunterhalt fristen, von gewissen Bevölkerungskreisen gezwungen wurden, ihre Erzeugnisse unter den Selbstkosten abzugeben, wobei Schaufenster eingeschlagen und sonstiger Unfug verübt wurde. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es bereit sei, für vollen Ersatz des Schadens zu sorgen, und was es zu tun gedenkt, um derartige Geschehnisse in Zukunft zu verhindern.

**Stuttgart, 14. Juli.** Der Abgeordnete Hiller (D.D.P.) hat im Landtag den Antrag eingebracht, das Staatsministerium möge bei der Reichsregierung die Einführung der Kongresspflicht in Verbindung mit dem Befähigungsnachweis für das Langzeitzergewerbe beantragen und einwirken für Württemberg Bestimmungen veranlassen, wie sie in Bayern auf diesem Gebiete geworden sind.

### Bevölkerungsbewegung.

Im ersten Vierteljahr 1920 hat nach den Berichten der Standesämter in den 52 Gemeinden des Landes mit 5000 und mehr Einwohnern die Bevölkerungsbewegung überraschende Ergebnisse gebracht. Die Geburtsleistungen, die im Jahr 1919 auf 32.012 in Württemberg anstiegen, haben im ersten Vierteljahr 1920 in den 52 größten Gemeinden des Landes gegenüber dem Vorjahr eine weitere Zunahme erfahren. Sie betragen 2416 (1919: 1622), die Steigerung ist besonders in Stuttgart erheblich. Sie stieg von 553 im Jahr 1919 auf 950 im Jahr 1920. Auch die Geburtenzunahme fällt ins Auge. Sie betrug heuer 5718 (Vorjahr 3515). Die Gestorbenen zeigen eine sehr bedeutende Abnahme. Die Sterbeziffer ging von 4482 auf 3708 zurück. Der Geburtenüberschuss beträgt demnach 2010.

### Zuspitzung des Streiks im Transportgewerbe.

**Stuttgart, 14. Juli.** Das Arbeitsministerium hatte sich gestern abend nochmals mit dem Streik im Beförderungsgewerbe befaßt und war zu dem Ergebnis gekommen, daß angesichts der bisherigen Entlohnung und der Haltung der Arbeiter ein weiteres Verhandeln zwecklos sei. In den späten Abendstunden haben die verschiedenen Arbeitergruppen große Versammlungen wegen Verklindigung der vollständigen Arbeitseube abgehalten. Nach der Süddeutschen Zeitung scheint festzustehen, daß der Ausstand sich zunächst auf die Straßenbahnen ausdehnen wird, die aber heute vormittag noch fahren. Außerdem sind die Angestellten des Kraftverkehrs in Württemberg in den Streik getreten. Da in den Abendstunden in der Volkstramstraße wieder Angehörige der technischen Nothilfe schwer mißhandelt wurden und der schwache Posten der Polizeiwache nichts ausrichten konnte, hat das Ministerium die sofortige Verstärkung aller Polizeiwachtruppen verfügt, und angeordnet, daß die zur Aufrecht-

erhaltung der Lebensmittelversorgung verkehrenden Wagen unter Bedeckung der Polizeiwache fahren, sowie daß die Polizeiwache heute, wenn die Angestellten des Kraftverkehrs nicht zur Arbeit erscheinen, den Betrieb übernimmt.

## Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, den 15. Juli 1920.

Durch Entschlepfung des Herrn Staatspräsidenten wurde der Bezirksnotar Hecker in Wülfberg an das Bezirksnotariat Ditzingen und der Oberfeldtr. Heide in Weisheim zum Bezirksnotar von Dornstetten mit dem Sitz in Weisheim ernannt.

### Postverkehr in Württemberg im Juni 1920.

Zahl der Poststufen Ende Juni 20.216; gegen Mai mehr 433. Von dem Umsatz (2.306 Milliarden Mark.) sind 1.796 Milliarden Mark. barlos beglichen worden. Das Guthaben der Poststufen stellte sich im Monatsdurchschnitt auf 179 Millionen Mark.

**Ulm, 14. Juli.** Am Montag abend brachte der ledige Jakob Fried, der in der Sohlledergerberei Karl Beck beschäftigt ist, seine linke Hand in die Bohlschneidemaschine. Es wurden ihm sämtliche Finger der linken Hand abgetrennt. Der Bedauernswerte wurde ins hiesige Krankenhaus verbracht.

**Eschhausen, 11. Juli.** Heiß war der Tag, doch unblutig die Schlacht, die unsere Turner am heutigen Tag im kühlen Schatten des Hartwaldes ausfochten. Es war der Mühe wert, seine Schritte dorthin zu lenken und dem Dargebotenen seine freie Zeit zu widmen. So wogte denn auch auf dem für solche Zwecke viel zu kleinen Platz, bald eine ungezählte Menge großer und kleiner Leute beiderlei Geschlechts hin und wieder, so daß sich die Veranstaltung zu einem kleinen Volksfest gestaltete. Auch auswärtige Gäste waren in großer Zahl erschienen, um dem edlen Wetstreit Auge und Ohr zu leihen. Die Musikkapelle hatte sich in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt, um unermüdet ihr Können in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Um 6 1/2 Uhr konnten die Sieger verkündet und gekrönt werden. Preisträger waren folgende Turner: Aktive: Johs. Seiber 1. Pr., Otto Haas 2. Pr., Ehr. Schötle (Kriegsmalder) 3. Pr., Johs. Wadenhut 4. Pr., Emil Bühler 5. Pr., Friedr. Roth 6. Pr., Jakob Schill 7. Pr. Jüglinge: Gottlieb Krauß 1. Pr., Georg Dengler 2. Pr., Johs. Ebnitz 3. Pr., Ludwig Berg 4. Pr., Friedr. Dengler 5. Pr., Wilh. Braun 6. Pr., Wilh. Eisenhardt 7. Pr., Feix Waidlich 8. Pr., Feix Lang 8. Pr., Ernst Roth 9. Pr., Georg Waidlich 10. Pr., Albert Ottmar 11. Pr., Adolf Schötle 12. Pr. Mögen diese Preise ihren Trägern ein Ansporn sein zu weiterem Schaffen und den Beltragenden ein Anreiz, es ihnen gleich zu tun! Mögen auch die noch Fernstehenden herbeikommen, um im Sinne und Geist Jahn's ihren Körper in Tugend und Fleiß zu nehmen, damit ein Geschlecht heranwächst, das gewillt ist, das Schlimmste zu tragen und unserm Volke angetane Schmach mit Ernst und Würde zurückzuweisen. In diesem Sinne schloß der Schriftführer, Haupt Boehringer, die Preisverteilung. Wir alle rufen dem rühmlichen Verein mit seinem wackeren Vorstand, Sattlermeister Pfeife und seinen unermüdeten Turnwarten Georg Krauß u. Joh. Seeger ein kräftiges „Gut Heil“ für die Zukunft zu.

### Aus dem übrigen Württemberg.

**m. Gündringen.** Am letzten Sonntag fand im Gasthaus „Möhren“ eine Versammlung vom hiesigen Kriegerverein statt, welche zahlreich besucht war. Es wurden sämtliche Wahlen neu vorgenommen, da viele Mitglieder die den Krieg mitgemacht haben neu eingetreten sind. Der bisherige Vorstand Anton Wölfler, Kaiser lehnte die Wiederwahl ab und wurde für denselben gewählt Peter Bollinger der den Krieg mitgemacht hat und über 2 Jahre in Gefangenschaft war. Als Kassier wurde für den bisherigen Schultheiß Risch, der eine Wiederwahl ebenfalls ablehnte, Ferdinand Bärtle, Gemeindevater, als Schriftführer der bisherige Peter Schmitter, Gemeindevater, gewählt. In den Ausschuss kamen Stephan Wod, Gemeindevater, Julius Wehler, Gemeindevater, Georg Bärtle, „Röhle“ und Nikolaus Wehler, Eisenbahnarbeiter. Nach verschiedenen noch vorgenommenen Wahlen des Vereinsdieners, Fahnenführer und dergl. wurde noch beschlossen, die Monatsbeiträge von 20 J auf 30 J zu erhöhen, da die Gehälter der Dienstenden auch erhöht wurden.

**Stuttgart, 14. Juli.** Der Verein württ. Verwaltungsbeamten hat am 15. August vormittags 10 Uhr im Bürgermuseum hier seine Landesversammlung. Tags zuvor findet die Sitzung des Landesauschusses im Rathaus in Feuerbach statt.

**Stuttgart, 13. Juli.** Im Schloß Rosenstein schlug heute der Blitz ein. Das Feuer wurde so rasch gelöscht, daß nur geringer Schaden entstand.

**Stuttgart, 14. Juli.** Die Wucherkommission hat den Metzgermeister Kaspar Rieder in Jüssenhausen wegen Höchstpreisüberschreitung auf 1500 M Geldstrafe oder 100 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er längere Zeit hindurch bis zum 1. Januar die Höchstpreise für Wurst ganz bedeutend überschritten hat.

**Lüdingen, 14. Juli.** Bei Lustnau wurde die 21 Jahre alte Marie Dettling von Riedingen als Leiche aus dem Redar gezogen.

**Oberndorf, 14. Juli.** In öffentlicher Bekanntmachung ersucht das Oberamt die Geschäftsleute des Bezirks, soweit irgend thunlich, wenn auch teilweise mit Opfern, alsbald einen angemessenen Preisabbau im Interesse der Entspannung der Lage, der Ausgleichung der Begehrte, sowie der Erhaltung von Ruhe und Ordnung einzutreten zu lassen und die Preisermäßigungen durch die Presse oder durch Aushang in den Verkaufsstätten und Schaufenstern bekannt zu geben.

**Heildronn, 13. Juli.** Das hiesige Gymnasium kann am 23. Oktober auf ein 300-jähriges Bestehen zurückblicken.

**Weidenheim, 14. Juli.** Der Ausnahmestand wird, nachdem geordnete Verhältnisse und Ruhe schon länger eingetreten sind, mit sofortiger Wirkung wieder aufgehoben.

**Weidenheim, 14. Juli.** Die Amisoversammlung hat an die Regierung die Bitte gerichtet, mit Eintritt der neuen Ernte die Rationen an Brot und Mehl so ausreichen zu erhöhen, daß die versorgungsberechtigte Bevölkerung damit auskommen kann und nicht auf den Schwarzhandel angewiesen ist. — Zum Straßenbau Weidenheim-Maitheim wurden 40.000 M. bewilligt; das Wartegeld des Amisblatts von 750 auf 3000 M. erhöht.

**Omünd, 13. Juli.** Vor dem Schöffengericht stand eine 17-jährige Bauerntochter aus Herillosen, die die nach Stuttgart bestimmte Milch abnahmte und ein paar Liter Rahm täglich verzehrte; denn sie wollte, wie sie zu ihrer Entschuldigung vorbrachte, schön bleiben. Das kosmetische Mittel hat ihr eine Woche Gefängnis eingetragen; eine Tachtstrafe wäre noch besser gewesen u. hätte gleich die Massage erlegt.

**Söppingen, 13. Juli.** Gestern fand im Sitzungssaal des Rathauses unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Hartmann eine Versammlung von Inhabern hiesiger Detailgeschäfte und Vertretern des Consumvereins zur Besprechung der Frage des Preisabbaus statt. Es wurde beschlossen, sofort innerhalb der einzelnen Handelszweige weiter zu beraten und an einem der nächsten Tage einer zweiten Versammlung zu der auch Vertreter der Käuverschafft geladen werden sollen, bestimmte Vorschläge zu unterbreiten.

**Wangen, 14. Juli.** Hafnermeister Leib und sein Freund Riedesser von Neurenensburg sind bei dem Versuch, eine geschlossene Wildente zu bergen, in einem nahegelegenen kleinen Weiher bei Neurenensburg an einer Untiefe in die Schlingengewächse geraten und ertrunken. Leib hinterläßt eine Frau mit vier unmündigen Kindern. Riedesser ist ledig. Die Leichen sind geborgen.

**Von der Eng, 14. Juli.** Für ein neues großes Elektrizitätsunternehmen der Stadt Pforzheim soll das Wasser der Eng einige Kilometer oberhalb der Stadt zum Teil gefaßt und in einem Stollen unter einer Höhe hindurch nach der Nagold bei Weisheim geleitet werden. Das vereinigte Wasser wird von da wiederum durch einen Stollen dem Erzopf zugeleitet, wohin das neue Elektrizitätswerk zu stehen kommt, das 60 bis 70 Millionen kosten soll.

## Letzte Nachrichten.

### Noch kein Ergebnis.

Spana, 15. Juli. Die Beratungen des Kabinetts sollen bisher zu keinem Ergebnis geführt haben; man erwartet die endgültige Entscheidung morgen.

### Lloyd George verlangt eine baldige Entscheidung.

Spana, 15. Juli. Wie verlautet, wurde bei der heutigen Zusammenkunft zwischen dem Reichsminister Dr. Simons und Lloyd George die Kohlenfrage besprochen. Lloyd George bestand mit Nachdruck auf einer baldigen Entscheidung der deutschen Regierung.

### Die Bedingungen der Alliierten angenommen?

Spana, 15. Juli. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas glaubt in der Lage zu sein, mitteilen zu können, daß Dr. Bonn im Namen der deutschen Delegierten Lloyd George am Mittwoch abend benachrichtigte, daß sie die Bedingungen der Alliierten bezüglich der Kohlenlieferung von zwei Millionen Tonnen monatlich annehme. Diese Annahme sei zwar von Bedingungen begleitet, die sie zweifelhaft erscheinen lassen. Millerand begab sich sofort nach Kenntnisnahme zu Lloyd George, mit dem er konferierte.

### Bevorstehender Abbruch der Verhandlungen.

Spana, 14. Juli. Reuter verbreitet folgende Meldung: Die Alliierten kamen heute vormittag 1/2 12 Uhr zusammen. Die Generale Foch und Mangin erstatteten Bericht über die militärische Lage. Darauf wurde die Zusammenkunft bis 6 Uhr unterbrochen. In der Zwischenzeit hat kein Verkehr mit den Deutschen stattgefunden und es scheint, daß der Abbruch der Verhandlungen unmittelbar bevorsteht und daß die Alliierten das Ruhrgebiet besetzen werden. Die italienischen und englischen Generale werden heute abend eintreffen.

### Ultimatum an die deutsche Delegation.

Verschiedene Blätter melden von einem Ultimatum, das der deutschen Delegation von Seiten der Alliierten in Spana mitgeteilt worden sei und in dem die deutsche Entscheidung auf den letzten Vorschlag der Entente in der Kohlenfrage innerhalb 24 Stunden bei einer zweifelhafteu Wartegeld zu geben sei. Die Mitteilung sei von der Drohung der Besetzung des Ruhrgebiets begleitet.

### Ausdruck des Bedauerns über den Zwischenfall in Spana.

Spana, 14. Juli. (Amtlich.) Wegen der Beleidigung und Mißhandlung des der deutschen Delegation zugeleiteten Vertreters vom B.Z.B., Stadtschultheiß, hat Reichsminister Dr. Simons auf seine an den Generalsekretär der Konferenz gerichtete Beschwerde noch am selben Tage ein Antwortschreiben erhalten, worin der Generalsekretär die Herrn Stadtschultheiß „widerlärens Brutalität“ verurteilt und im Auftrag des belgischen Ministers des Innern dessen Bedauern über den Vorfall ausdrückt. Wegen der Schuldiene ist sofort eine Untersuchung eingeleitet worden, deren Ergebnis noch nicht feststeht. Reichsminister Dr. Simons hat um eine Mitteilung des Ergebnisses gebeten.

### Beunruhigung unter der Bergarbeiterschaft.

Sämtliche Blätter u.elden aus dem Ruhrgebiet, daß die Verhandlungen in Spana über das Abkommen unter der Bergarbeiterschaft lebhaft Beunruhigung hervorgerufen habe. Zahlreiche Bergleute tragen sich jetzt schon mit dem Gedanken, im Falle einer Besetzung das Ruhrgebiet zu verlassen.

### Erneute Lebensmittelknappungen in Dresden.

Berlin, 15. Juli. Wie der „Volkswagen“ aus Dresden meldet, kam es dort gestern erneut zu Lebensmittelknappungen. Kaffee und Konditoreien mußten Mehl, Milch und Eier zu sehr billigen Preisen an die Erwerbslosen abgeben. Die Lebensmittelgeschäfte haben geschlossen. Die städtischen Lebensmittel sollen mit 50% Nachschuß an die Erwerbslosen und Minderbemittelten bis zu 12000 M. verteilt werden.

### Die ukrainischen Truppen im schweren Kampf gegen die Bolschewiken.

Wien, 15. Juli. Der „Ukrainische Präsident“ meldet aus Kamenez-Podolsk vom 12. Juli: Seit vier Tagen stehen die ukrainischen Truppen, die das Gebiet von Prokutorow-Noblesk gegen die bolschewistische Invasoren verteidigen, in schweren Kämpfen gegen die russische Uebermacht. Mit dem Eintreffen der 11. bolschewistischen Armee hat hier der bolschewistische Hauptangriff eingeleitet, der über Tarnopol u. Brody gegen Lemberg gerichtet ist. Inzwischen ist es größeren

Verbänden der ukrainischen Truppen gelungen, im Süden der Kampffront durch russische Kolonnen in das Innere des Landes vorzudringen.

In einer gestern in Offen abgehaltenen Sitzung der Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer im Rahrbergbau wurde einstimmig eine Entschliebung gefaßt, in der gegen ein Diktat seitens der Entente in der Kohlenfrage protestiert wird und jedes Uebereinstimmen infolge dieses Diktates abgelehnt wird. Ueber den Forderungen der Entente stehe das Recht der Arbeiterschaft auf Freiheit und Unabhängigkeit. Dieses Recht würden die Arbeiter nicht preisgeben, selbst wenn deutschen Vertreter sich fügen würden. — Der Bergarbeiterverband erklärte sich in einer Konferenz, in der Hae über die Vorgänge in Spaa berichtete, einstimmig mit der Haltung der Bergarbeiterdelegierten in Spaa einverstanden. — Hae sandte an den Minister Dr. Simons ein Telegramm, in dem er die zunehmende Unlust der Bergarbeiter, weitere Ueberlichkeiten zu dulden, begründet mit der schlechten Ernährung und besonders mit den Nachrichten aus Spaa, daß Zwangsmaßnahmen gegen das Ruhrgebiet erdriert würden.

**Protest-Versammlung der amerikanischen Frauenliga.**

Berlin. Gestern Abend fand in der Kaiserstraße eine von der amerikanischen Frauenliga veranstaltete Versammlung statt in der mehrere Amerikaner gegen die Belagerung der Rheingebiete durch farbige Truppen Stellung nahmen. Die Amerikanerin Miss Kay Vegetidge, die sich bereits um die hungernden deutschen Kinder große Verdienste erworben hat, forderte in ihrer Rede die Frauen der ganzen Welt zur Zusammenarbeit auf, um die Frauen im besetzten Gebiet zu befreien, wo wegen der schwarzen Pest sich kein weibliches Wesen mehr in Feld und Wald wagen dürfe. Der amerikanische Schriftsteller Scheffauer protestierte gegen die Freigabe der deutschen Frauen an die Japanger und hob hervor, daß die Verwendung Japanger am Rhein dadurch eine Sache der Amerikaner geworden sei, daß diese Freigabe die Welt des amerikanischen Regers auf amerikanische Frauen setze. Der Vorsitzende verlas dann ein aus London eingegangenes Telegramm von E. D. Morel, in dem der englische Pazifist die Belagerung deutschen Gebietes durch afrikanische Truppen als einen Verstoß gegen jedes anständige sittliche Empfinden bezeichnete. Das französische Vengnen sei vollständig ungläubwürdig, da eine Menge tatsächlichen Beweismaterials vorliege. Zum Schluß der Versammlung wurde ein Funkspruch an alle Frauen der Welt verlesen, in dem die deutschen Frauen ihre Wüchsterinnen überall in der Welt um Mitleid und Einsetzung ihres weiblichen Einflusses gegen die Schändung deutscher Frauen erbitten.

Verhalten, Druck und Verlag  
der G. W. Zaisers Buchhandlung, (Hauptstadt) Nagold

**Amtliche Bekanntmachung.**

Die Maul- und Klauenseuche in Oberesingen O. Amt  
Verrenberg ist erloschen. 217  
Nagold, den 13. Juli 1920. Oberamt: Müng.

**Eier-Abgabe**

am Freitag, 16. Juli nur für  
2-3 von 2-5 Uhr.  
Auf den Kopf der Ver-  
sorgungsberechtigten entfallen  
3 Eier zu 65 Pfg. p. Stück.  
Nagold, 14. 7. 20. 233  
Städt. Nahrungsmittelamt.

1 Liter  
Milch-  
schweine  
hat zu verkaufen am Sams-  
tag mittig 1 Uhr  
Gottlieb Seigle, Wipfer  
200 Wöhlgen.

M.-B. N. 8 Uhr Vortrag  
über „Des Ver-  
lands Kindheit.“ Beispiele  
daraus f. Chor u. Orchester. 229

**Text-Bücher**

Des Heilands  
Kindheit  
bei  
Buchhandlung Zaiser  
Nagold.

**Fritz Hoffmann in Fellbach**  
bringt nächste Woche sehr schöne,  
gesunde Hannoveraner

**Läufer-schweine**  
jeder Größe aus fettenreifer  
Gegend (billiger wie jede Konkurrenz) in Nagold zum Verkauf.  
Bestellungen nimmt Merkle zur „Burg“ ent-  
gegen. 232

**Faßversteigerung.**

Am Dienstag den 20. Juli 1920 werden in den Räum-  
lichkeiten von Herrn S. H. Wang, Brauerei zum „Röhl“  
in Rottenburg a. N. von morgens 10 Uhr ab

28 bis 30 Bierlagerfässer  
in der Größe von 13 bis 20 Hektoliter,  
4 Stück gebrauchte Gärbottiche  
(von) von je ca. 30 Hektoliter, 223

120 bis 150 St. Biertransportfässer  
von 10 bis 50 Liter haltend, versteigert. Die Fässer  
waren seither im Gebrauch. Kaufslehhaber sind höflich  
eingeladen.

**Stadtgemeinde Nagold.  
Brennholzversorgung.**

Die Loszettel für das zur Brennholzversorgung zuge-  
leitete Reisig und für das nachbestellte Strohholz können am  
Freitag, 16. Juli, von vorm. 6 Uhr an auf der Kanzlei der  
Forstverwaltung (Gewerbekaufhaus, Erdgesch.) abgeholt  
werden. 229

Städt. Forstverwaltung.

**Stadtgemeinde Nagold.  
Abgabe von Bürger-Reisig.**

Infolge des großen Anfalls an Strohholz ist noch eine  
größere Menge gutes Reisig übrig (Abt. Stadtdach, Feid-  
wald 2c.)  
Nutzungsberechtigte Bürger, welche ihr Bürgerreisig  
für das kommende Wirtschaftsjahr schon jetzt beziehen  
wollen, werden aufgefordert, dies bis Samstag 17. Juli  
nachmittags 12 Uhr auf der Kanzlei der Forstverwaltung  
anzumelden. (Gewerbekaufhaus, Erdgesch.) Die Verlosung  
erfolgt sofort anfangs nächster Woche (da im kommenden  
Wirtschaftsjahr infolge des heurigen Strohholzanfalls nur  
wenig Holzholzhiebe zur Ausführung kommen, wird als Bür-  
gerreisig dann nur Durchforstungsmaterial zur Verteilung  
kommen können.) 228

Städtische Forstverwaltung.

Eschhausen.

**Steinbrucharanlage.**

Die Gemeinde verkauft am Montag den 19. Juli 1920  
nochm. 3 Uhr auf dem Rathaus eine zu einem roten  
Sandsteinbruch günstig abgeholzte Waldfläche von circa  
30 Aa im Gemeindegewalt. Gerd, unmittelbar neben der Bahn-  
linie gelegen und nur 10 Minuten vom Ort entfernt.  
Den 14. Juli 1920.

231 Schultheißenamt.

**Bezirksarbeitsamt Calw.**

(Für die Oberamtsbezirke Calw und Nagold.)

**Gesucht werden für sofort  
3-4 tüchtige Bruchsteinmurer.**

Anmeldungen werden auch bei unserer Nebenstelle Nagold  
Verrenbergerstr., Telefon Nr. 80, entgegengenommen. 226  
Calw, den 13. Juli 1920. Verwalter: Braß

**Himbeeren**  
kauft jedes Quantum.  
Gefäße können gestellt werden.  
**Chr. Rüenzlen**  
I. wibg. Fruchtsaftpresserei  
& Obstkonservenfabrik mit  
Dampfbetrieb 222  
in Sulzbach a. d. Murr.

1 guterb.  
**Fahrrad**  
mit neuer Bereifung  
verkauft billigst  
Otto Steegmüller  
Zigarren-Spezial-Geschäft  
Nagold. 227

„Nissin“  
gegen Kopfläuse &  
Nichts anderes nehmen!  
Zu haben in den Apotheken.

Verkaufe  
zirka 60 Zentner  
**Stroh**  
zum Tagespreis.  
Jak. Bühler,  
Escheldronn. 202  
Pflanzkarten fertig 100. W. Zaiser.

Widdberg.  
Statt jeder besonderen Einladung!  
**Hochzeitseinladung.**  
Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren  
wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf  
Samstag den 17. Juli 1920  
in den Gasthof „Schwarzwaldbrauhaus“ in Widd-  
berg freundlichst einzuladen. 186

**Alfred Baum** ♂ **Frida Dörner**  
Schloffer ♂ Tochter des  
Sohn des Karl Baum ♂ Heinrich Dörner  
Landwirt ♂ Schneidermeister  
Wickersheim b. Wabr. ♂ Widdberg.

Abgang 1/2 1 Uhr.

Eschingen.  
**Hochzeits-Einladung.**  
Wir beehren uns hiermit Verwandte, Freunde  
und Bekannte zu unserer am  
Samstag, den 17. Juli 1920  
stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zum  
„Risch“ in Eschingen freundlichst einzuladen.

**Ernst Arendler** ♂ **Marie Arendler**  
Sattler u. Tapezier ♂ geb. Traub, Tochter des  
Sohn des ♂ Gottlieb Traub  
† Jakob Arendler, Bauer. ♂ Gemeindevat.  
220 Abgang 1/2 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Anzeige  
entgegenzunehmen.

Die neue Ausgabe  
von  
**Zweigle Klavierschule**  
bearbeitet von Karl Walz  
ist in zwei Teilen (sowohl  
erschienen und vorrätig bei  
**G. W. ZAISER, Buchhandlung, Nagold.**

**Landwirtschaftliche Maschinengroßhandlung**  
sucht zum Vertrieb von sämtlichen land-  
wirtschaftlichen Maschinen und Geräten  
**Reisenden oder  
Platzvertreter.**  
Angebote von Herrn, die bei der Land-  
kundschaft bereits gut eingeführt sind, er-  
beten unter Nr. 221 an die Geschäftsstelle  
des Blattes.

**Zigarren  
aretten  
-Tabak**  
Rauch  
Kau  
Schnupf  
empfiehlt billigst

Cigarren-Spezial-Geschäft  
**Otto Steegmüller**  
NAGOLD. 149

Zur Ortsvorsteherwahl  
empfiehlt  
**Stimmzettel**  
mit Aufdruck  
die  
Buchdruckerei G. W. Zaiser  
Nagold.

Ein tüchtiger 225  
**Schuhmacher-  
Geselle**  
sucht Stellung.  
Wer? sagt die Geschäfts-  
stelle ds. Bl.

Braves 219  
**Dienstmädchen**  
kann sofort eintreten  
bei

Herrn. Leser, Weindlg.  
Lahr i. B.  
Auf 1. August oder früher  
wird ruhiges sommerliches  
**Zimmer**  
für solchen Herrn  
gesucht.  
Von wem? sagt die Ge-  
schäftsstelle d. Bl.

